

„Nicht auszugleichen“

SPD und Bürgerinitiative trafen sich im Brühler Wald

Bei der SPD wächst der Widerstand gegen eine große West-Erweiterung des Phantasialands.

VON NORBERT KURTH

Bergheim/Brühl - „Da stehen keine einfachen Pappeln“, stellt Hardy Fuß, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag, nach einer Besichtigung des Brühler Waldes fest. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen Hans-Günter Eilenberger und Hans-Joachim Bubacz sowie Vertretern der „Bürgerinitiative 50 000 Bäume“ äußern sich die Kommunalpolitiker anschließend kritisch zu den Plänen des Phantasialands, den Vergnügungspark im Waldgebiet um 30 Hektar zu erweitern. Gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ wird Fuß deutlich: „An dieser Stelle darf der Park höchstens

um 16 Hektar erweitert werden, mehr ist nicht drin.“ Auch Bubacz, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Regionalrat, sagt: „Der Natur-Eingriff wäre kaum auszugleichen.“

„Die Bäume sind 80 Jahre alt und älter“, sagt Bubacz. Es wäre nicht sachgerecht, dort den Wald auf 30 Hektar zu roden. Er verwies darauf, dass auch die Bezirksregierung inzwischen von einer Erweiterung um 30 Hektar abrücke. Das Regierungspräsidium hatte Ende Januar in einer Anhörung eine Beschränkung auf 16 Hektar Waldgebiet vorgeschlagen. Aus Naturschutzgründen sei eine Erweiterung in dieser Größenordnung nicht vertretbar, hatte es zur Begründung geheißen. Bubacz geht daher davon aus, dass die Bezirksregierung in westlicher Richtung – wie ursprünglich beantragt – lediglich 16 Hektar zur Bebauung empfehlen wird. Um die restliche

Fläche zu bekommen, müsse das Phantasialand sich in Richtung Osten oder Süden bewegen. Bubacz: „Es muss einen Kompromiss geben.“

Der Regionalrat soll Mitte Juni darüber entscheiden. Bis dahin habe die Fraktion noch jede Menge Arbeit. „Das Gutachten der Bezirksregierung soll mehr als einen Ordner umfassen“, sagt der Kerpener, der seine Fraktion für den 18. April zu ersten Gesprächen eingeladen hat.

Wie auch immer die Entscheidung über die geplante Änderung des Regionalplanes ausfällt, Wirtschaftsministerin Christa Thoben könnte den Beschluss aufheben und das Düsseldorfer Kabinett neu entscheiden lassen. Erst dann könnte die Stadt den Flächennutzungsplan entsprechend ändern und Baurecht schaffen.